

Friedenstromeeln gegen Kriegspropaganda



- Krieg gegen den Iran?
- Auschwitz als machtpolitisches Kalkül
- Israelische Besatzungspolitik 2012
- Meinungsjustiz international auf dem Vormarsch
- Drohneneinsatz: Mordanschläge als verdeckte Kriegsführung

Inhalt

SCHWERPUNKT

Krieg gegen den Iran?	3
Auschwitz als Machtinstrument	5

INTERVIEW

Meinungsjustiz international auf dem Vormarsch	10
--	----

THEMA

Israelische Besatzungspolitik 2012	8
Gezielte Mordanschläge mit Drohnen	12

BUCHBESPRECHUNG

Gewaltlos gegen Krieg – Andreas Buro	14
--------------------------------------	----

RUBRIKEN

Im Blickfeld (Presseartikel)	5,7,9,11,13
Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Rückseite: Aufruf zu Syrien und Iran	16

FOTOS

Das Titelfoto zeigt die Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 4.2.2012.

Quellenangaben zu Fotos im Heft:

Seite 1: Arbeiterfotografie
Seite 4: Flickr (Nick Haider)
Seite 8-9: Flickr (Bodo Ramelow)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.03.2012
Das nächste Friedensjournal erscheint am 12.05.2012

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner
Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter
Strutynski, Horst Trapp,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Friedenstrome gegen Kriegspropaganda

Liebe LeserInnen und Leser,

niemand wünscht sich ein Zurück in die Zeiten des Kalten Krieges, wo die Welt mindestens zweimal - während der Kuba-Krise 1962 und während der NATO-Übung "Able Archer" 1983 am Rande des Abgrundes eines Atomkrieges stand. Dennoch gibt es rückblickend auf diese Zeit ein positives Merkmal: Die offene Drohung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges war bis 1989 unvorstellbar. Heute ist genau das der Normalfall, aktuell mit dem Euphemismus "Luftschläge gegen den Iran". Die Kriegspropaganda erinnert in fataler Weise an die Situation vor fast genau 100 Jahren, die zum Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 führte. Die "Vaterlandslosen Gesellen" von damals sind heute in Deutschland diejenigen, die sich nicht auf eine bedingungslose Gefolgschaft zur Politik der israelischen Regierung einschwenken lassen.

Wir behandeln in dieser Ausgabe nicht nur die Kriegsgefahr selbst, sondern das propagandistische Umfeld. Unsere Autorin Susann Witt-Stahl analysiert in ihrem Beitrag die Ende Januar vorgestellte Antisemitismus-Studie des Deutschen Bundestages und deren Instrumentalisierung für die aktuelle Kriegspropaganda.

Das Thema, das derzeit überhaupt keine Rolle mehr spielt - so auch bei dem kürzlichen Besuch von Netanjahu in Washington - ist die Zukunft der Palästinenser. Für den Bundesausschuss Friedensratschlag steht dieses Thema hingegen als ein Kernpunkt in seinem Aktionsprogramm 2012. Dort heißt es: „Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinenserbehörde sind derzeit ausgesetzt und traten auch zuvor auf der Stelle. Jeder Tag, der vergeht, vergrößert die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und zerstört die Hoffnungen auf einen gerechten Frieden im Nahen Osten.“

Mit den Iran-Kriegsdrohungen wird nun aber genau die fortlaufende, völkerrechtswidrige Siedlungspolitik ausgeblendet, mit denen die Chancen zur Gründung eines eigenen Palästina-Staates und einem friedlichen Zusammenleben mit dem Staat Israel immer mehr ausgehöhlt werden. Der Artikelbeitrag von Annette Groh - menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag - und ihrer Mitarbeiterin Tanja Tabbara liefert

wichtige Hintergrundinformationen zu den Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern, die im Israel-Diskurs hierzulande völlig ausgeblendet werden.

Menschenrechtsverletzungen werden mittlerweile in unseren Massenmedien nur noch dort behandelt, wo diese zum Bestandteil von Kriegspropaganda werden, wie aktuell bei Forderungen nach einer militärischen Intervention in Syrien. In Syrien tobt mittlerweile ein Bürgerkrieg, der von beiden Seiten mit brutaler Härte geführt wird. Hierzulande erfolgt aber im politischen Diskurs eine völlig einseitige Darstellung, wobei dem Assad-Regime ein Genozid an der eigenen Bevölkerung unterstellt wird, ebenso wie im letzten Jahr geschehen in Bezug auf das Gaddafi-Regime in Libyen.

Wir gewöhnen uns damit mittlerweile in erschreckendem Maße an offiziell verordnete Wahrheiten, die auch juristisch festgeklopft werden und damit abweichende Meinungen zum Straftatbestand machen. Der Historiker und Verleger Hannes Hofbauer hat darüber ein viel beachtetes Buch geschrieben. Wir haben deshalb in einem Interviewbeitrag aktuelle Fragen hierzu gestellt.

Ein weiterer Bestandteil der Kriegspropaganda ist die schleichende Gewöhnung an Formen der verdeckten Kriegsführung, die als solche nicht wahrgenommen wird. Dazu gehören gezielte Mordanschläge, die heutzutage mit Drohnen ausgeführt werden. Am häufigsten erfolgt dieses derzeit durch die USA im Nordwesten Pakistans. Wohlgermerkt: Es gibt offiziell keinen Krieg der USA gegen Pakistan. Michael Haid beschreibt in seinem Beitrag die starke Zunahme der Drohneinsätze in den letzten 10 Jahren und der damit verbundenen Aushöhlung des Völkerrechts.

Unser Titelfoto zeigt Teilnehmer einer Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 4.2. - bei eisiger Kälte. Hoffen wir deshalb für Ostern auf Sonnenschein, frühlingshafte Temperaturen und einer großen Mobilisierung - damit wir bei den Ostermärschen der kaltschnäuzigen Kriegspropaganda mit aufwärmenden Friedenstrome gegenstimmen verschaffen.

Karl-Heinz Peil

Krieg gegen den Iran?

von Ali Fathollah-Nejad, Politologe, London (Doktorand der Internationalen Beziehungen an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der Universität London und an der Universität Münster.

Eskalierende Drohkulisse mit „Zwangsdiplomatie“

Nach fast einem Jahrzehnt hat der sog. Iran-Konflikt – genauer, der internationale Konflikt rund um Iran – einen besorgniserregenden Höhepunkt erreicht. Sogar bis dato kühle Beobachter und Analysten im Westen nehmen die Gefahr eines Krieges gegen Iran sehr ernst. Dass der Konflikt nunmehr an den Rand des Krieges angelangt ist, darf aber kaum Verwunderung hervorrufen. Von Anfang an bestand die westliche Strategie nämlich darin, Iran so sehr unter Druck zu setzen, dass dieser im Sinne westlicher Interessen Zugeständnisse macht – bei regionalen Fragen sowie beim Atomprogramm. Diese „Zwangsdiplomatie“ war nicht etwa auf einen für eine Konfliktlösung unabdingbaren Interessenausgleich gemünzt (obgleich dafür die Rahmenbedingungen vielversprechend waren und sind), sondern zielte auf eine de facto Kapitulation Irans. Zu keinem Zeitpunkt also wurde tatsächlich Diplomatie, vor allem zwischen den USA und Iran, versucht – ein langwieriger Prozess also, der auf die Interessen der Kontrahenten eingeht. Im Kern krankte die westliche Politik – damals wie heute – daran, das iranische Sicherheitsinteresse einfach ignoriert zu haben.

Im Zentrum des Konfliktes stehen sich der westliche Wunsch nach einem nicht atomar bewaffneten Iran und das iranische Sicherheitsdefizit von feindlichen Truppen umzingelt zu sein gegenüber. Im größeren Rahmen geht es um eine Interessenausgleichsetzung in der geopolitischen Arena Westasiens: Die Beibehaltung westlicher Hegemonie versus Iran als regionale Großmacht.

Im Gegensatz zum Krieg gegen den Irak, kommt heute der Kriegsdruck gegen Iran nicht aus den USA, sondern eindeutig aus Israel. Im Kern fürchtet Tel Aviv den Verlust seines Atomwaffenmonopols in der Region, was durch die Fortsetzung des iranischen Atomprogramms und der Erlangung einer latenten Atomwaffenfähig-

keit („nuclear weapons capability“) zustande kommen würde.

Iranische Atomwaffen: Eine Fiktion

Die zur Mobilisierung politischen Drucks auf Teheran heraufbeschworene „iranische Gefahr“ in Form einer Atombewaffnung ist nicht gegeben. Seit 20 Jahren warnen israelische und amerikanische Politiker vor einer in Kürze zu erwartenden „iranischen Bombe“. Wie aber Militär und Geheimdienste der USA sachkundig festhalten, hat die iranische Führung keine Entscheidung für eine Atombewaffnung getroffen und die Militärdoktrin des Landes ist nicht offensiv, sondern defensiv ausgerichtet. Oft unterschlagen wird die Tatsache, dass Iran als atomwaffenfähiges Land, durch die Nuklearisierung seiner geopolitisch schwächeren Nachbarn (v.a. jene auf der arabischen Halbinsel) seine natürliche, geographisch bedingte Machtposition in Westasien dramatisch einbüßen würde. Somit erwiese sich mittel- und langfristig eine Atombewaffnung als ein Bärendienst gegenüber den großstrategischen Interessen des Landes – der Grund weswegen die iranische Elite sich trotz der prekären Sicherheitslage des Landes bislang davor gehütet hat, sich für eine Atombewaffnung zu entscheiden.

Die Truppen für einen Angriff sind vor den Gewässern Irans in Stellung gebracht. Vom Persischen Golf bis zu der Insel Diego Garcia (einem britisch-amerikanischen Stützpunkt im westlichen Indischen Ozean von wo aus zuletzt die Bombenangriffe auf Afghanistan und den Irak geflogen wurden) sind Streitkräfte aus den USA, Israel (atomar gerüstete U-Boote deutscher Herstellung), Frankreich und Großbritannien.

Israelische Politik und Israel-Lobby in USA

Die „roten Linien“, für deren Überschreitung die USA und Israel den Einsatz militärischer Mittel vorgesehen haben, divergieren maßgeblich. Während Präsident Barack Obama einen

atomar bewaffneten Iran als „unakzeptabel“ benannte, besteht diese für Israel in der bloßen Fähigkeit Irans eine Atomwaffe herstellen zu können. Bevor Iran sich damit in eine „zone of immunity“ (ein von Verteidigungsminister Ehud Barak geprägter Begriff) flüchten kann, müsse Israel zuschlagen. Wann genau dies eintritt, bleibt ein Geheimnis – genauer: Gegenstand intensiver innerisraelischer Sicherheitsdebatten. Es darf aber vermutet werden, dass dabei die nächsten Monate ins Blickfeld geraten.



Foto: Demonstration der „Stop the war coalition“ vor der US-Botschaft in London am 28.1.2012

Von der Sicherheitsdebatte in Israel wird letzten Endes vieles abhängen. Dabei stehen sich Kriegsbefürworter an der Spitze der Regierung, nämlich Premierminister Netanyahu und Verteidigungsminister Barak, skeptischen Zirkeln im Militär- und Sicherheitsapparat gegenüber. Letztere warnen vor den erfolglosen, gar kontraproduktiven Folgen eines Angriffs hinsichtlich des Ausschalten des atomaren Projekts Irans, vor Vergeltungsschlägen gegen Israel und nicht zuletzt vor der ernsthaften Belastung der vitalen Beziehungen zu den USA. Die entscheidende Frage, ob und wann ein israelischer Alleingang stattfindet, wird sich am Ausgang dieser Debatte zeigen. Israels Bellizisten hingegen hof-

fen insgeheim, dass ein Alleingang notwendigerweise die USA auf ihre Seite der militärischen Auseinandersetzung hineinziehen würde, wodurch ein Erfolg der Mission durchaus zu erzielen wäre. Kürzlich wurde solch eine krude Kalkulation in der israelische Tageszeitung Haaretz betitelt als „Netyahus Verschwörung, die USA in einen Krieg zu zerren“.

In den USA bilden die sog. Israel-Lobby, der militär-industrielle Komplex und der von beiden maßgeblich beeinflusste Kongress sowie die Republikanische Partei das Lager der Kriegsbefürworter.

Politische Beobachter warnen vor einer Wiederholung des Kardinalfehlers im Vorfeld des Angriffs auf den Irak: Geheimdiensterkenntnisse seien nicht als Grundlage politischer Entscheidungen zu nehmen. Doch im Gegensatz zum Falle Irak, haben die US-Geheimdienste wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass Iran kein Atomwaffenprogramm betreibe.

Kriegskeptiker: US-Militär

Das US-Militär spricht sich fast uneingeschränkt gegen einen baldigen Angriff auf Iran aus. Hochrangige Vertreter des US-Militärs haben sich z.T. sehr deutlich gegen einen Krieg ausgesprochen, auch von israelischer Seite, da es die USA in einen ungewollten Krieg zerren würde. Darunter befinden sich der höchstrangige Soldat der USA, der Chef der Joint Chiefs, General Martin Dempsey, sein Vorgänger Admiral Michael Mullen, der ehemalige Verteidigungsminister Robert Gates und der frühere Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in der Region, General Anthony Zinni. Iran unterhalte zurzeit kein Atomwaffenprogramm, sodass der Zeitpunkt eines militärischen Vorgehens nicht gekommen sei. Ein Angriff würde zudem die gesamte Region (weiter) destabilisieren und somit US-Streitkräfte und -Interessen iranischen Vergeltungsschlägen aussetzen. Auf längere Sicht wäre es wohl auch wahrscheinlich, dass US-Bodentruppen zum Einsatz kommen – mit zu erwartenden hohen Opfern seitens der US-Soldaten. Die Folge eines Angriffs wäre kaum effektiv, Iran würde wohl zügig und ggf. geheim nach der Atom-

waffe streben. „Die einzige Möglichkeit eine iranische Atomwaffenfähigkeit zu verhindern, bestünde darin, dass die Iraner sich entscheiden, dass dies nicht in ihrem Interesse liegt. Alles andere ist eine kurzfristige Lösung“, so beispielsweise Gates.

Die pragmatischen Kräfte in der EU und den USA fürchten die unkalkulierbaren Folgen eines Angriffs auf Iran und raten davon ab. Neben der weiteren Destabilisierung der Region, werden die dramatischen Folgen für die Weltwirtschaft zurecht ins Feld gebracht. Momentan ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sich dieses Camp gegenüber dem kriegstreibenden Lager durchsetzt.

Die Aussichten

Werden die angekündigten Verhandlungen – zwischen Iran und den sog. P5+1 (die UN-Vetomächte plus Deutschland) Entschärfung bringen? Dies ist wenig wahrscheinlich, da die Gruppe – allen voran die NATO-Staaten – nicht von ihrer kaum realistischen Maximalposition abweichen wollen: Iran soll gemäß UN-Sicherheitsratsresolutionen sein Atomprogramm praktisch einstellen – und somit auf sein völkerrechtlich verankertes Recht verzichten. Teheran aber hat wiederholt geäußert, dass es dieser Forderung nicht nachkommen kann und wird.

Deeskalation ist das Gebot der Stunde. In den westlichen Hauptstädten müsste man sich flexibel zeigen, damit der Weg für eine diplomatische Lösung geöffnet wird. Iran müsste das Recht auf ein ziviles Atomprogramm eingeräumt werden, schärfere Inspektionen könnten durchaus durchgesetzt werden, sofern die Atlantische Allianz im Gegenzug die fatalen Sanktionen aufheben. Eine ganze Reihe diplomatischer Möglichkeiten liegen bereit, ausgeschöpft zu werden.

Die Friedensbewegungen in Großbritannien („Stop the War Coalition“) und den USA haben das Thema Iran-Krieg ganz oben auf ihre Agenda gesetzt. Neben zahlreichen Antikriegs-Veranstaltungen, sollen auch gezielt Politiker mobilisiert werden. Die deutsche Friedensbewegung müsste dies ebenso machen. Nein zu Sanktio-

nen und einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sind einzufordern.

Das Opfer: Die iranische Zivilbevölkerung

Die iranische Zivilbevölkerung leidet immens an dem nunmehr dramatischen Sanktionsregime, das nichts anderes als einen Wirtschaftskrieg gegen das Land darstellt. Suzanne Maloney, Expertin für iranische Wirtschaft vom US-Think-Tank Brookings Institution, sagte zur Jahreswende 2011/12: „Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die Sanktionen [...] einen regelrechten Angriff auf die iranische Wirtschaft darstellen.“ Während immer größer werdende Teile der Bevölkerung durch horrenden Preise und andere Einschränkungen (v.a. im medizinischen Bereich) leiden, werden die Sanktionen die Zivilgesellschaft perspektivisch zermürben. Somit baut sich der Machtvorsprung des Regimes gegenüber der Bevölkerung aus.

Die Fortsetzung des verdeckten Krieges gegen Iran (zuletzt die Morde an Wissenschaftlern) zusammen mit den von der EU ab Juli angekündigten Ölembargo könnte eine iranische Reaktion provozieren – etwa die Schließung der Meerenge von Hormuz –, die schließlich als Kriegsgrund herhalten könnte.

Das Kerndilemma in der Iran-Frage bleibt weiterhin bestehen: Man kann ein von außen umzingeltes Land, gegen das man zudem einen verdeckten und offen wirtschaftlichen Krieg führt, nicht durch Sanktionen oder Gewaltandrohungen das Gefühl der Sicherheit geben, das es bräuchte, um dem westlichen Wunsch nachzukommen, keine Atomwaffenfähigkeit anzustreben. Ein radikaler Kurswechsel westlicher Politik hin zu ernsthaften diplomatischen Avancen ist das Gebot der Stunde. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung mit Hinweis auf die desaströsen Folgen der Iran-Politik für Europa kann hier bedeutsam sein.

Buchveröffentlichung von Ali Fathollah-Nejad: Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung, erschienen im Universitätsverlag Potsdam

Mehr Infos:
www.fathollah-nejad.com

Netanyahu: Kein Angriff auf Iran in nächster Zeit

Panetta: "Höllisch größere Wirkung", wenn USA angreifen würde

Jerusalem - Israel zeigt sich weiter entschlossen, den Bau einer iranischen Atombombe notfalls mit einem Angriff zu verhindern. Ein Schlag gegen die iranischen Atomanlagen sei "keine Frage von Tagen oder Wochen, aber auch nicht von Jahren", warnte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am Donnerstag kurz nach der Rückkehr von seinem USA-Besuch. US-Präsident Barack Obama hatte ihn aufgerufen, Sanktionen mehr Zeit zu lassen und noch nicht anzugreifen. Zugleich hatte Obama bekräftigt, dass er eine mögliche iranische Atombombe nicht nur als Bedrohung Israels, sondern ebenso der USA betrachte. Dagegen würden die USA notfalls auch militärisch vorgehen. Die USA seien dafür auch viel besser gerüstet, als Israel, betonte der US-amerikanische Verteidigungsminister Leon Panetta in einem Interview mit dem "National Journal". Ein Militärschlag der USA gegen den Iran hätte nach Einschätzung Panettas weit zerstörerischere Folgen als ein Angriff Israels auf die Atomanlagen des Landes.

[...]

Sollten sich die USA zu einem Angriff auf den Iran entschließen, könnten 13.600 kg schwere Bunker brechende Bomben zum Einsatz kommen, die 65 Meter dicken Beton durchdringen können, bevor sie explodieren. Luftwaffengeneral Herbert Carlisle sagte am Donnerstag, diese Bomben ("Massive Ordnance Penetrator"), die das US-Militär erst seit dem Vorjahr besitze, seien Teil des der USA zur Verfügung stehenden Arsenal für Angriffe auf unterirdische Atomanlagen. "Das ist eine großartige Waffe. Wir sind dabei, sie weiter zu verbessern", erklärte Carlisle bei einer Konferenz über das Verteidigungsprogramm der USA.

Die USA haben Israel laut einem Medienbericht im Gegenzug für einen Verzicht auf Luftangriffe gegen den Iran in diesem Jahr moderne Waffen versprochen. Die israelische Zeitung "Maariv" berichtete am Donnerstag, die US-Regierung habe Netanyahu bei seinem Besuch zu Wochenbeginn ein entsprechendes Angebot gemacht. Das Weiße Haus dementierte, dass dies Thema bei den Gesprächen war.

Quelle: derStandard.at / 9.3.2012

Auschwitz als machtpolitisches Kalkül

Von Susann Witt-Stahl, Journalistin, Hamburg

Bei rund einem Fünftel der Bevölkerung sei eine latente Judenfeindschaft vorhanden. Diese düstere Bilanz zieht eine 2009 im Auftrag des Bundestages bestellte und von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission in ihrem rund 200 Seiten mächtigen Bericht mit dem Titel „Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“, der Ende Januar 2012 vorgestellt wurde.

„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“, finden 38,4 Prozent der Deutschen. Es gehört zu den historisch spezifischen Erscheinungsformen des Antisemitismus nach 1945, Juden und Judentum mit dem Zionismus und dem Staat Israel zu identifizieren und das gesamte überaus heterogene jüdische Kollektiv für die Angriffskriege und völkerrechtswidrige Besatzungspolitik, für die die jeweiligen israelische Regierungen verantwortlich zeichnen, politisch und moralisch anzuklagen und in Haftung zu nehmen.

„Wiedergutmachung“ - ein Euphemismus

Für dieses Problem zeigt die Studie erwartungsgemäß keine Lösungsansätze auf. Sie erweist sich vielmehr als Teil des Problems. Geschichtsvergessen unterschlägt sie, dass genau diese ideologische Identifikation Judentum=Zionismus und Juden=Israelis zur Matrix der Außenpolitik des postnazistischen Deutschland gehört. In der Adenauer-Ära wurde mit dem Begriff „Wiedergutmachung“ einer der perfidesten Euphemismen in der gesamten parlamentarischen Geschichte der Republik ersonnen, der in der Folge nicht nur Grundlage weiterer Banalisierung des Völkermords, sondern auch seiner Instrumentalisierung durch Repräsentanten des Täterlands werden sollte (siehe Auschwitz-Vergleich des damaligen Außenministers Joscha Fischer zur Legitimierung der deutschen Beteiligung an dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien).

Adenauers Haltung zur „Judenfrage“

Die Deutschen hätten den Juden schlimmes Unrecht zugefügt, erklärte Altbundeskanzler Konrad Adenauer im Dezember 1965 rückblickend auf seine Regierungszeit. Und er erläuterte seine Haltung zur „Judenfrage“ und die Motive, Israel finanzielle und materielle Unterstützung zukommen zu lassen, folgendermaßen: „Wir hatten den Juden so viel Unrecht getan, solche Verbrechen an ihnen begangen, dass sie irgendwie gesühnt werden mussten oder wiedergutmacht werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten. Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher habe ich sehr überlegt und habe sehr bewusst – und das war von jeher meine Meinung – meine ganze Kraft darangesetzt, so gut es ging, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk.“

Mit den antisemitischen Äußerungen und Relativierungen des Genozids, wie sie von Adenauer („Der Nationalsozialismus hat so viele Deut-

sche wie Juden getötet“) und seinen Kollegen getätigt worden waren, wollen seine politischen Enkel heute nichts mehr zu tun haben.

Das Ziel: Kriege wieder mit deutscher Führung

Noch mehr aber stört die Merkel-Regierung die Erinnerung an die finsterste Epoche in der Geschichte des deutschen Imperialismus und der sich aus ihr ableitende Kategorische Imperativ „Nie wieder Krieg!“ (der untrennbar mit der Forderung „Nie wieder Faschismus“ verbunden ist) bei der Durchsetzung der Agenda der Berliner Republik: Ob mit KFOR in Jugoslawien, mit ISAF in Afghanistan, als Dienstleister der US-Armee im Irakkrieg, vielleicht bald neue Missionen gegen Syrien und den Iran – Deutschland will nicht in der zweiten Reihe marschieren. Denn es geht bei den Raubzügen des Westens um Kontrolle über die letzten Ölreserven, die Erschließung neuer Märkte und die Durchsetzung anderer ökonomischer und geopolitischer Interessen.

Nachdem in den 1960er-Jahren das Schweigen über Auschwitz durch die deutsche Linke aufgebrochen worden war, lernte die politische Klasse endgültig verstehen: Dieser welthistorische Stachel lässt sich nicht abstreifen. Aber er lässt sich als ideologische Waffe einsetzen und gut gegen die Linke wenden.

Ganz auf Linie und in der außenpolitischen Tradition der Adenauer'schen „Wiedergutmachung“ handeln Angela Merkel und andere Repräsentanten der Berliner Republik, wenn sie das von ihnen wohlweislich konsequent mit dem Kollektiv der Shoah-Opfer identifizierte und an vorderster Front im „War on Terror“ stehende Israel für Deutschlands neoimperialistische Unternehmungen als entlastungspolitische Trumpfkarte einsetzen. „Wann immer die moralische Legitimation der Bundesrepublik Schwierigkeiten aufwirft“, beispielsweise während der Auflösung der DDR und der sogenannten Wiedervereinigung, schrieb der Geschichts- und Kulturwissenschaftler Frank Stern 1991, „werden philosemitische Erklärungen oder Aktionen als eine Art Antwort verwendet“. Israels

Kriege und sein Militär würden glorifiziert. Als Angela Merkel in ihrer Kneset-Rede 2008 Israel allen Ernstes bescheinigt hat, es habe seit seiner Staatsgründung 1948 in der Region „für Frieden und Sicherheit gekämpft“, litt sie nicht an schwerem Realitätsverlust, sondern agierte mit machtpolitischem Kalkül.

Für diese Politik liefert der vom Deutschen Bundestag bestellte Antisemitismusbericht einen neuen Baustein, indem Israelkritik, Antizionismus, Israelfeindschaft und Judenhass gnadenlos miteinander vermengt werden.

Diskreditierung der Israelkritik

Von den unter „Linksextremisten“ verbreiteten „Positionen, die einen antisemitischen Diskurs befördern können“, ist den Experten „vor allem“ eine ein Dorn im Auge: „Die Israelkritik, die häufig durch eine einseitige Verurteilung des jüdischen Staates, ein Ignorieren seiner legitimen Sicherheitsinteressen und eine leichtfertige Infragestellung seiner Existenzberechtigung geprägt ist.“ Die Palette der nach Meinung der Kommission Antisemitismus fördernden linken Positionen, die zumindest „problematisch“ in dieser Hinsicht seien, ist bunt: „Direkte und indirekte Anspielungen“ auf eine „Gleichsetzung mit dem Apartheidstaat“, im „angeblich aggressiven Vorgehen Israels“, die alleinige Ursache für den Nahostkonflikt zu sehen, etc. etc.

Der parlamentarischen Linken widmen sich die Antisemitismus-Experten im mittlerweile gewohnten Verfassungsschutz-Jargon: „In jüngster Zeit sind zwei Ortsverbände der ‚Linken‘ durch Boykottaktionen gegen Israel aufgefallen, die nicht frei von antisemitischen Konnotationen waren. Das Bremer Friedensforum rief am 11. März 2011 zum Boykott gegen Israel mit einer Demonstration vor einem Supermarkt auf.“ Und: „Die Linke‘ waren auch an der Gaza-Flottille beteiligt.“ Die Experten fordern: „Obwohl sich Teile der Linkspartei und der Parteivorstand deutlich gegen solche antizionistischen Äußerungen positionieren, müsste eine intensivere Auseinandersetzung innerhalb der Partei über Positionen geführt werden, die

eine Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus überschreiten.“

Während in der deutschen Kriminalstatistik über das linke Spektrum für die Jahre 2001 bis 2010 lediglich fünf antisemitisch motivierte Gewalttaten verzeichnet sind – enthält der Bericht ein überproportional langes Kapitel mit zwölf Seiten über linken Antisemitismus. Dem gegenüber sind dem rechtsradikalen lediglich neun Seiten gewidmet. Noch mehr Aufmerksamkeit bekamen nur Antisemiten mit „Migrationshintergrund“, vor allem die türkischen und iranischen). So ist beispielsweise zu lesen: „Mitunter führen dabei Linksextremisten die Unterstützung Israels durch die Bundesregierung auf eine diesbezüglich bedenkliche Haltung zur Vergangenheitsbewältigung zurück.“ Dieses Vergehen sei nicht nur auf den unter radikalen Linken verbreiteten „Antimperialismus“ zurückzuführen, fanden die Verfasser heraus. „Bei solchen Auffassungen“ – gemeint ist offenbar die Kritik an den ideologischen Ausläufern von Adenauers „Wiedergutmachung“ – würden „sich auch inhaltliche Anknüpfungspunkte für den Antisemitismus ergeben.“

„Antideutsche“ als Zeugen der Anklage

Signifikant an dieser Studie ist, wie intensiv die Verfasser sich aus dem reichhaltigen Diffamierungsrepertoire der „Antideutschen“ bedienen – vor allem wenn es um die ausführliche Abrechnung mit dem „staatsdoktrinären Antizionismus“ der DDR geht, in deren politischer Kultur angeblich „die angewandten antiamerikanischen und antizionistischen Argumentationsmuster häufig in der (Weiter-)Verwendung antisemitischer Phrasen mündeten“.

Die Initiative Sozialistisches Forum („Jede Kritik am Staat Israel ist antisemitisch“), neben der Zeitschrift Bahamas Meinungsführer unter den „antideutschen“ Neokonservativen, Samuel Salzborn, ehemaliger Bahamas- und Co-Autor der umstrittenen Studie über „antizionistischen Antisemitismus“ in der Linkspartei, Jungle-World-Autor Olaf Kistenmacher, häufig konsultierter Referent für antikommunistische Ver-

anstaltungen – sie und einige mehr wurden konsultiert, um für die Antisemitismusstudie des Bundestags die ideologische Munition gegen die Linke zu liefern.

So verwundert es auch nicht weiter, dass die Behauptung des neokonservativen Bundesarbeitskreis Shalom in der Linksjugend, bei den Protesten gegen die Abriegelung des Gaza-Streifens ihrer Genossen aus dem friedensbewegten Lager der Partei handele sich um „antisemitische Vorfälle“, von den Experten nicht als Akt der Inflationierung des Antisemitismusbegriffs problematisiert wurde – im Gegenteil sie wurde sogar positiv herausgestellt.

Ebenso wie der Mangel an historischer Redlichkeit, die ideologische Verformung des Antisemitismusbegriffs und die starke Fokussierung auf „linken Antisemitismus“ lässt auch die Auswahl der Mitglieder des „unabhängigen Expertenkreises“ erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Inte-

grität des Antisemitismusberichts aufkommen: Dem zehnköpfigen Gremium gehört Wahied Wahdat-Hagh an, ein strammer Neokonservativer, Autor der Achse des Guten, der Welt und Jungle World. Wahdat-Hagh unterstützt das bellizistische Netzwerk mit dem zynischen Namen „Stop the Bomb“, das sich für ein aggressives Vorgehen des Westens gegen den Iran einsetzt. Der in deutschen Medien als „Iran-Experte“ gehandelte Soziologe lehnt einen kritischen Dialog mit der islamischen Republik rigoros ab, behauptet, ihre Regierung treffe Vorbereitungen für einen „Genozid“ an den Bahai und fordert eine Verhinderung der iranischen Atombombe „mit allen Kräften“.

Und der stolze Präsentator des Antisemitismusberichts, Bundesvizepräsident Wolfgang Thierse ist Schirmherr einer Stiftung, die sich offiziell die Agenda gesetzt hat, eine Zivilgesellschaft zu stärken, die sich „konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus

und Antisemitismus wendet“, aber einen Teil ihrer Kapazitäten auch für die Bekämpfung der antikapitalistischen Linken einsetzt: In der „Chronik antisemitischer Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung, die in dem Antisemitismusbericht ausgiebig gelobt und exzessiv beworben wird, werden die Proteste des palästinensischen Frauenvereins gegen die israelische Besatzungspolitik mit den Gewaltverbrechen militanter Nazis auf eine Stufe gestellt. Auch die Amadeu Antonio Stiftung kooperiert mit der Iran-Kriegslobby: 2009 beispielsweise veranstaltete sie mit „Stop the Bomb“, „antideutschen“ und anderen neokonservativen Organisationen in Berlin eine große Kundgebung unter dem Motto „Freiheit statt islamische Republik“, um einen harten Kurs gegen den Iran durchzusetzen.

Die ungekürzte Fassung des Artikels erschien in der Online-Ausgabe des Nachrichtenmagazins Hintergrund

"Lobbyorganisation israelischer Politik"

Leserbrief in der FAZ vom 22.02.2012 von Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck

Zu "Antisemitismus weit verbreitet" (FAZ vom 24. Januar):

Die schlichte Wahrheit, die der Antisemitismus-Bericht aufzeigt, ist doch diese: Die meisten Deutschen – ob Christen, Muslime oder Atheisten und links mehr als rechts – sind wohl in der Lage, einen Unterschied zu machen zwischen ihrer Einstellung zu Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland und der berechtigten Verurteilung der Diktatur des sich selbst „jüdischen Staat“ nennenden Israel über ihres Landes beraubten Palästinenser. Darüber können wir als Juden in Deutschland froh und dankbar sein.

Die politische Vertretung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, der Zentralrat, sollte sich ebenfalls bemühen, diesen Unterschied gut herauszuarbeiten, und aufhören, sich als Lobbyorganisation nicht zu verteidigender israelischer Maßnahmen zu gebärden. Das wäre die beste Prophylaxe gegen den im Antisemitismus-Bericht (ohne jede solide empirische Verankerung) behaupteten Juden Hass in muslimischen Gruppen.

Anmerkung der Redaktion: Rolf Verleger ist ehemaliges Direktoriumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland.

Wir sind alle Khader Adnan – Israelische Besatzungspolitik 2012

von Annette Groth, MdB, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und Tanja Tabbara, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Berlin

Administrativhaft als Einschüchterungsmittel

Am 17. Dezember 2011 wurde Khader Adnan zu Hause festgenommen und in Administrativhaft ohne Anklage genommen. Mit seinem 66 Tage währenden Hungerstreik protestierte er gegen die ihm widerfahrene Willkür und Erniedrigung. Andere Administrativhäftlinge begannen aus Protest und Solidarität mit Adnan ebenfalls einen Hungerstreik. Aktionen und Demons-

trationen, die sich für seine sofortige Freilassung einsetzten appellierten an die israelischen Verantwortlichen und westliche Regierungen: „Wir sind alle Khader Adnan“.

309 Administrativhäftlinge sitzen derzeit in israelischen Anstalten. Nach internationalem Recht darf die Administrativhaft, da sie ohne Anklageerhebung und ohne Gerichtsverfahren erfolgt, nur in absoluten Ausnahmefällen angeordnet werden. In Israel wird von

ihr gegen die Vorgaben des Völkerrechts willkürlich und exzessiv Gebrauch gemacht. Häufig dient sie dazu, Menschenrechtler die sich in friedlichen Widerstandsbewegungen, wie zum Beispiel *Stop the Wall*, organisieren einzuschüchtern und Nachahmer abzuschrecken. Administrativhaft kann bis zu 6 Monaten verhängt aber auch danach beliebig oft verlängert werden. 5 Jahre sind der längste bekannte Fall einer Administrativhaft in

bekannte Fall einer Administrativhaft in Israel. Israelische Menschenrechtsorganisationen fordern ihre Regierung kontinuierlich auf, alle palästinensischen Administrativhäftlinge entweder freizulassen oder sie vor ein ordentliches Gericht zu stellen.



Foto: An dieser Stelle trennen sich die Wege. Jüdische Siedler dürfen hier durch, Palästinenser müssen bei dieser Kontrollstelle abbiegen und weit drum herum gehen. Palästinenser müssen links gehen und Jüdische Siedler steht der breite Teil der Straße zu. Mit dem Auto dürfen hier nur das Militär und die Jüdischen Siedler fahren.

Palästina-Minderjährige ohne Rechtsschutz

Palästinenser aus den besetzten Gebieten unterstehen der israelischen Militärjustiz. Internationale und israelische Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass hierdurch die Rechte der Angeklagten auf ein faires Verfahren missachtet werden. Auch minderjährige Palästinenser sind der Militärgerichtsbarkeit unterstellt. Ende letzten Jahres setzte die israelische Regierung auf internationalen Druck hin die Minderjährigkeit für palästinensische Jugendliche von 16 auf 18 herauf. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem beklagt, dass trotzdem noch eine große Kluft zwischen den Rechten Minderjähriger in der israelischen und internationalen Gesetzgebung einerseits und den Rechten palästinensischer Minderjähriger nach

Militärgesetzgebung andererseits besteht. Sie kritisiert außerdem, dass die Rechte von minderjährigen Palästinensern, die meist des Steine-Werfens angeklagt sind, in allen Phasen des Prozesses verletzt werden: Bei der Festnahme, beim Verhör, bei der Verhandlung und in Haft. Die de iure und de facto Behandlung von palästinensischen minderjährigen „Straftätern“ verstößt daher gegen die internationale Kinderrechtskonvention und die 4. Genfer Konvention.

Laut Defense for Children International (DCI) werden jährlich etwa 500-700 palästinensische Minderjährige verhaftet. Nachdem 55 Kinder zwischen 12 und 15 im Zuge des Gefangenenaustauschs mit Gilad Shalit freikamen, sind nach Angaben von DCI im Dezember 2011 noch 135 Minderjährige inhaftiert, darunter 19 Minderjährige unter 15.

Minderjährige werden oft nachts aus ihren Betten geholt und mit verbundenen Augen und Handschellen abgeführt. Physische und psychische Misshandlung von Minderjährigen bei der Festnahme und während der Verhöre sind detailliert dokumentiert. Vor den Verhören werden Minderjährige meist nicht über ihr Schweigerecht oder ihr Recht auf einen Rechtsbeistand aufgeklärt.

DCI fordert, dass auf palästinensische wie auf israelische Jugendliche die israelische Minderjährigengesetzgebung angewandt werden müsse. Ihre wesentlichen Forderungen sind, dass bei den Verhören von Minderjährigen die Eltern oder ein Anwalt anwesend sein sollten und nächtliche Verhöre verboten sein müssen. Außerdem plädieren sie für ein striktes Verbot der Verhaftung von Minderjährigen unter 14 und fordern Alternativen zu Inhaftierung sowie alle anderen Schutzvorkehrungen, die israelische Minderjährige im israelischen Rechtssystem genießen. Aufgrund der zahlreichen Misshandlungsvorwürfe fordern Menschenrechtsorganisationen, in Zukunft alle Verhöre von Minderjährigen auf Video aufzunehmen.

Die israelische Regierung setzt den Bau neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten sowie die Vertreibung der Palästinenser aus Jerusalem und

den unter israelischer Administration in der C-Zone der West-Bank lebenden Palästinenser unvermindert fort. Durch die mangelnde Anerkennung und wiederholte Zerstörung von Beduinendörfern, zum Beispiel des Dorfes Arakib im Negev, wird auch in Israel die Jüdisierung des Landes vorangetrieben.

Siedlungen und Vertreibung völkerrechtswidrig

Nach dem humanitären Völkerrecht ist die Besatzungsmacht verpflichtet, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, dazu gehört auch eine angemessene Gesundheitsversorgung und die Anbindung an Strom und Wasser. Trotzdem wird diese Infrastruktur gerade in der C-Zone den Beduinen und dörflichen Gemeinschaften häufig verweigert. In den letzten Tagen ging die Abrissverfügung einer Solaranlage im Süden von Hebron durch die Presse. Die Elektrifizierung verläuft hier entlang ethnisch-religiöser Grenzen, denn die in Blickweite gelegene Stromtrasse versorgt nur die wachsenden jüdischen Siedlungen, während der beduinischen Bevölkerung Strom- und Wasseranschluss verweigert wurden. Zwei israelische Physiker, Notam Dotan und Elad Orian, hatten aus Protest gegen die Politik ihrer Regierung die Organisation Comet-ME gegründet, die mit dem Bau der Solaranlage, nach Angaben von Partner medico, heute etwa 800 Menschen mit Basisstrom versorgt. Dadurch gibt es Licht und Kühlschränke. Indem sie Milchprodukte länger aufbewahren können, hat sich insbesondere das tägliche Leben der Frauen entscheidend verbessert.

Auch das Projekt *Tent of Nations* muss derzeit um sein Bestehen fürchten. Auf der Farm seiner Ahnen haben Daoud Nasser und seine Frau Jihan ein Projekt für interkulturelle Begegnungen und Dialog unter dem Slogan „Wir weigern uns Feinde zu sein“ geschaffen. Umgeben von israelischen Siedlungen war die palästinensische Enklave den Siedlern schon seit geraumer Zeit ein Dorn im Auge. Jetzt haben die israelischen Behörden einen Räumungsbeschluss erlassen.

Laut ICAHD, dem israelischen Komitee gegen Häuserzerstörungen, wurden in 2011 622 Palästinensische

Gebäude von den israelischen Behörden zerstört, davon waren 222 Wohnungen von Familien. Israel kontrolliert heute 40% des Landes der Westbank mit 149 Siedlungen und 102 Außenposten sowie abgegrenzten Militärgebieten und ausgewiesenen Naturschutzreservaten.

Israelische Entdemokratisierung

Auch für israelische Menschenrechtsorganisationen ist die Luft dünn geworden. Zahlreiche Gesetze, wie zum Beispiel das Verbot, zu Boykotten aufzurufen oder solche Aufrufe zu unterstützen sowie Gesetze, die ihre Finanzierung erschweren, schränken den demokratischen Handlungsspielraum kritischer israelischer Stimmen zunehmend ein. Anstatt sie vor den Eingriffen des Staates zu schützen, soll der Staat durch regierungsnahe Organisationen, wie dem NGO Monitor, der die Aktivitäten von NGOs „überwacht“, vor der Kritik seiner Bürger und Bürgerinnen geschützt werden. Dieser zunehmende Autoritarismus ist im Hinblick auf die Demokratieforderungen in der arabischen Welt geradezu anachronistisch.

Der Westen zieht keine politischen Konsequenzen

Während diese Verletzungen elementarer Rechte den Alltag der Menschen bestimmen, tauchen zwar immer wieder gebetsmühlenartig Verurteilungen von Seiten europäischer Regie-

rungsvertreter auf. Zu politischen Konsequenzen führen sie nicht. Während Adnan sich fast zu Tode hungert, wird auf europäischer Ebene entschieden, ob Israel im Rahmen des EU-Israel Assoziationsabkommens weitere Privilegien zugebilligt werden sollen. Nach wie vor werden durch die israelisch-europäische Sicherheitskooperation tausende von Steuergeldern in Projekten investiert, die nicht nur zivil sondern auch militärisch nutzbar sind oder die auf anderem Wege an der Verstetigung der Besatzung und völkerrechtswidrigem Verhalten beteiligt sind. Obwohl die israelische Regierung kontinuierlich ihre völkerrechtswidrige Politik fortsetzt, bestätigt Deutschland, noch in diesem Jahr das größte U-Boot der Dolphin-Klasse an Israel zu liefern. Über ein drittes U-Boot, das von der Bundesregierung mit 135 Millionen Euro subventioniert wird, wurde im letzten Jahr verhandelt. Die Mittel dafür sollen im Bundeshaushalt 2012 eingestellt werden.

Obwohl die Bundesregierung wiederholt den illegalen Siedlungsbau und die damit einhergehende Vertreibung der Palästinenser als ein großes Hindernis für den Friedensprozess kritisiert hat, bleibt diese Kritik ohne Folgen. Vielleicht sollten die Palästinenser sich prominente Persönlichkeiten suchen, die sich mit Nachdruck und Leidenschaft für ihre Rechte einsetzen und die mit ihrem Wirken Entscheidungsträger



und die breite Öffentlichkeit beeinflussen können. Die Palästinenser brauchen eine Angelina Jolie, damit endlich etwas in Bewegung kommt.

Foto oben: Ein Kontrollpunkt direkt vor zwei Schulen in Hebron (im Bild: Klaus Ernst). Hier müssen die Grundschüler täglich durch. Über den kurzen Weg ohne die Militärkontrolle dürfen die Kinder nicht!

Die beiden Fotos stammen von Bodo Ramelow und entstanden bei einer Rundreise von MdL und MdB der LINKEN in Israel und Palästina im Januar 2012.

"Verdrängung durch gezielte Rückentwicklung"

Israel will von Deutschland finanzierte humanitäre Projekte im Westjordanland abreißen

Israelische Behörden wollen im Westjordanland humanitäre Projekte, die mit deutschen Mitteln finanziert werden, im Wert von mehr als 200.000 Euro abreißen lassen. Betroffen sind Windkraft- und Solaranlagen, welche die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international in Zusammenarbeit mit der israelischen Organisation Comet-ME in palästinensischen Dörfern der Südhebronhügel errichtete. Finanziert werden die Projekte aus Spendengeldern und mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Auswärtigen Amtes.

Rund 1.500 Palästinenser sind von der dezentralen, regenerativen Energieversorgung abhängig, da die israelische Administration ihnen den Anschluss an die bestehenden Wasser- und Stromleitungen in den sog. C-Gebieten, entgegen dem Humanitären Völkerrecht, verweigert. "Die israelischen Behörden fördern dort zwar die jüdischen Siedlungen mit großzügigen Subventionen, gene-

nehmigen Palästinensern aber nicht den Bau von Kindergärten oder Gesundheitseinrichtungen", kritisiert medico-Nahostreferent Tsafir Cohen.

Cohen erläutert: "Der drohenden Abriss ist Ausdruck einer Politik der gezielten Rückentwicklung. Die israelische Administration macht der palästinensischen Bevölkerung das Leben in den C-Gebieten unmöglich. Sie werden so in die dichtgedrängten städtischen Enklaven Ramallah oder Hebron verdrängt." Aber ohne den ländlichen Raum der C-Gebiete – immerhin 60 Prozent der Westbank – ist kein lebensfähiger palästinensischer Staat möglich, da sind sich Bundesregierung, EU, UN und Weltbank einig. Mit dieser Abrissprozedur erteile, so Cohen, die israelische Politik einer Zweistaatenlösung faktisch eine Absage.

Pressemitteilung von medico-international, 15.02.2012

Meinungsjustiz international auf dem Vormarsch

Interview mit Hannes Hofbauer, Historiker und Verleger, Wien



FJ: In Ihrem Buch "Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung" gehen Sie auf den Völkermord an den Armeniern vor fast 100 Jahren ein. Dieses Thema scheint aktueller denn je. Warum gibt es ausgerechnet in Frankreich diesen intensiven politischen Diskurs durch ein Gesetz, das die Leugnung des Armenier-Genozides zum Straftatbestand macht?

Im Untertitel meines Buches, das sich ganz generell mit der Zunahme von Erinnerungsgesetzen beschäftigt, steckt bereits ein Teil der Antwort auf die Frage. Es heißt dort: „Rechtsprechung als politisches Instrument“. Genau darum geht es auch im Fall der Auseinandersetzungen um die Massaker an den Armeniern in Ostanatolien während des Ersten Weltkrieges. Schon 2001 hat die französische Assemblée nationale die Anerkennung der jungtürkischen Massaker als Völkermord beschlossen. Ein paar Jahre später trat dann eine parlamentarische Mehrheit – bei allerdings fast leerer Saal, für das Verbot der Leugnung dieses Völkermordes ein. Sarkozy hat diese damalige Initiative nicht unterzeichnet, sie erhielt keinen Gesetzescharakter. Ende 2011 wurde dann, unter dem Druck eines EU-Rahmenbeschlusses zum Verbot der Leugnung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Paris das Leugnungsverbot erneuert. Sarkozy ist bereit, dieses nun zu unterzeichnen, während eine Reihe von bürgerlichen wie sozialdemokratischen Abgeordneten das Verfassungsgericht anriefen

und damit gegen die Implementierung protestierten.

Wohlgemerkt, hierbei handelt es sich nicht bloß um ein Verbot der Leugnung oder des in Zweifel ziehen des armenischen Völkermordes, sondern aller Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die als solche von einem internationalen Gericht bezeichnet wurden. Um dieses Problem geht es in meinem Buch, dass nämlich ein Gericht künftig über historische Wahrheit entscheidet und Zweifel daran juristische Folgen haben können; und zwar in dem Moment, in dem das Gericht meint, Zweifel oder Leugnung könnten aufwieglerischen Charakter haben. Das sind eindeutige Formen von Meinungsjustiz.

In Frankreich hat Meinungsjustiz eine vergleichsweise lange Tradition. Bereits 1990 wurde mit der Loi Gayssot, einem nach dem Antragsteller benannten Gesetz, die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wer immer solches exakt ermitteln und feststellen will, unter Strafe gestellt. Auch die Herabwürdigung der kolonialistischen Schmutzarbeit durch die sogenannten Harkis, den einheimischen Helfer im französischen Algerienkrieg, ist strafbar. Wir haben es also mit einer speziellen Kultur von Meinungsjustiz zu tun.

FJ: In Deutschland leben sehr viele Türken, in Frankreich hingegen wohl sehr viele Armenier. Inwieweit ist das relevant?

Es gibt in Frankreich eine relativ starke armenische Diaspora, die seit Generationen dort lebt. Diese macht seit Jahren Druck auf die Politik. Umgekehrt sind die in Deutschland lebenden Türken in großer Zahl national-türkisch orientiert. Aber auch Kurden sind, entsprechend ihrer Geschichte, nicht unbedingt armenier-freundlich eingestellt. Diese unterschiedliche Situation bedingt, dass in Frankreich die Massaker an den Armeniern als Völkermord gelten, während das offizielle Deutschland bis heute peinlich vermeidet, im Zusammenhang mit den Untaten der

Jungtürken das Wort „Völkermord“ zu gebrauchen.

FJ: Wie stellen sich denn die damaligen Vorgänge um die Armenier im Lichte der historischen Forschung nun tatsächlich dar? War es wirklich ein Genozid oder "nur" ein Kriegsverbrechen?

Es gibt, wie so oft in der Geschichte, zwei unterschiedliche Erzählungen. Die bei uns vorherrschende geht von der willentlichen Ausrottung der Armenier durch die Jungtürken aus. Das wäre ein völkermörderischer Vorsatz, wiewohl die entsprechende UN-Resolution erst 1948, also 33 Jahre nach dem Ereignis, Völkermord als solchen kodifiziert hat. In der Türkei wehrt sich die Historikerkunft und auch die Politik gegen diese Interpretation. Dort ist von einer extrem angespannten Situation die Rede, mitten im Ersten Weltkrieg, in der ein armenischer Aufstand in Van im Osten Anatoliens mit Hilfe der zaristisch-russischen Armee zu Massakern an Muslimen geführt hat. In Reaktion darauf kam es dann zu Vertreibungsaktionen der Armenier, bei denen Hunderttausende zu Tode kamen. Völkermord wäre dies keiner.

Mein Interesse gilt weniger der Aufarbeitung der jeweiligen Ereignisse, auch nicht in der Herstellung objektiver Wahrheit, die es ohnedies nicht geben kann, sondern dem Umgang damit, d.h. Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Sichtweisen möglich zu machen. In der Türkei ist diese offene Debatte nicht erlaubt, nun zieht Frankreich mit umgekehrten Vorzeichen nach und tabuisiert jede Diskussion. Geschichte wird damit zum Gegenstand gerichtlicher Erhebungen. Die meisten französischen Historiker, von Pierre Nora bis Jacques Le Goff, protestieren gegen eine solche Verrechtlichung historischer Interpretationen. Dem kann ich mich nur anschließen.

FJ: Ein vorrangig "deutsches" Thema ist die Holocaust-Leugnung. Kann man hier aber wirklich von einem einzigartigen Verbrechen sprechen und

rechtfertigt das die strafrechtliche Verfolgung der Holocaust-Leugnung?

Das einzige bisher in Deutschland und Österreich – sowie in sieben anderen EU-Staaten – gültig gewesene Meinungsgesetz war das der Holocaust-leugnung als strafbarer Tatbestand. Argumentiert wurde das mit der Einzigartigkeit des Verbrechens, der industriellen Vernichtung der Juden in Mittel- und Osteuropa. Für die Nachfahren der Tätergesellschaften finde ich persönlich ein solches Gesetz vertretbar. Nun ist aber mit dem EU-Rahmenbeschluss gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in dessen Unterpunkt 2c auch die Leugnung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafbar gemacht wird, eine Inflationierung dieser Meinungsverbote eingetreten. Die Singularität der Judenverfolgung existiert juristisch nicht mehr.

FJ: Was heißt das denn konkret?

Es ist problematisch, wenn in Zukunft jemand, der Zweifel an der völkermörderischen Absicht der Nomaden in Darfur äußert, auf eine Stufe mit einem Holocaustleugner gestellt wird. Die Vorbereitungen dazu sind seit der Anklage gegen dem sudanesischen Staatschef al-Baschir angelaufen. Er ist wegen Völkermord seit 2008 vor den Internationale Strafgerichtshof angeklagt.

FJ: Und welche Rolle spielten solche Vorwürfe im letzten Jahr in Bezug auf Libyen, wo man ja gleichfalls Gaddafi als Staatschef eine solche Anklage androhte?

Hierbei spielte ja Frankreichs Staatspräsident Sarkozy eine dominante Rolle, da Frankreich seine eigene neokoloniale Politik mit dem Genozid-Vorwurf bzw. indirekt mit dem Leugnungsverbot gut gebrauchen konnte. Denn damit kann post tragödiam über jede Intervention die Deutungshoheit juristisch festgeschrieben werden. Wenn also zuerst ein Krieg – wie beispielsweise gegen Gaddafi geschehen – mit der Kriegslüge begonnen wird, es müsse ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindert werden, wo es in Wahrheit um einen Regimewechsel geht, der auch dazu dient, neue Geschäftsbeziehungen mit willfähigeren lokalen Kräften aufzubauen, so kann in der Folge, nach Kriegsende, der Kriegsgegner – im Fall Libyen Saif Gaddafi – vor Gericht gestellt werden. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat ihn bereits wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Eine Verurteilung würde, entsprechend der Leugnungsverbote in der EU, jeden Zweifel an dieser Version der Geschichte gerichtlich belangen können. Darin liegt eine große Gefahr in der Zukunft. Interventionen können nach ihrem Abschluss für den Aggressor auch juristisch positiv interpretiert werden.

FJ: was sich in Syrien wiederholen könnte. Doch greifen wir wohl besser auf die Bürgerkriege im früheren Jugoslawien zurück, wo die Faktenlage im nachhinein sich wohl einfacher darstellt. Slobodan Milosevic war der erste amtierende Staatschef, der

wegen Kriegsverbrechen und Völkermord vor dem Tribunal in Den Haag angeklagt wurde. Könnte man sich künftig evtl. strafbar machen, wenn man für die Rehabilitierung von Milosevic eintritt?

Wenn ein Gericht dies als aufwieglerisch einschätzt, könnte das passieren. Die ehemalige deutsche Justizministerin Brigitte Zypries hat bei der Einführung des von ihr betriebenen EU-Rahmenbeschlusses explizit auf das Beispiel Srebrenica verwiesen. Und ein internationales Gericht, nämlich der Internationale Gerichtshof (nicht zu verwechseln mit dem Strafgerichtshof) hat die Vorgänge in Srebrenica im Juli 1995 als Völkermord eingestuft. Dies geschah zwar in der skurrilen Form, dass eine Anklage Bosnien-Herzegowinas gegen Serbien zurückgewiesen wurde, Serbien wurde von der Verantwortung an diesem Völkermord freigesprochen. Aber der Terminus Völkermord ist damit gerichtlich festgestellt, dass Slobodan Milosevic für kein Verbrechen verurteilt worden ist, weil er in seiner Zelle vor der Urteilsverkündung starb, bietet in Zukunft einen entsprechenden Interpretationsspielraum. Auch hier wird wiederum deutlich, wie instrumentell der Umgang mit Geschichte ist. Und vor allem, dass er im Gerichtssaal stattfinden kann. Das ist das eigentliche Problem, auf das ich versucht habe, in meinem Buch aufmerksam zu machen.

Hannes Hofbauer: Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung. Rechtsprechung als politisches Instrument. Wien 2011, Promedia Verlag

Ankara reagiert versöhnlich – Genozid-Gesetz verfassungswidrig

Der französische Verfassungsrat hat das umstrittene Gesetz gekippt, das die Leugnung des Völkermords an den Armeniern in Frankreich unter Strafe stellt. Das Gesetz verstöße gegen die Meinungsfreiheit, urteilte das höchste Verfassungsgremium. [...] Gegen das Gesetz hatten mehr als hundert Abgeordnete Beschwerde eingelegt.

Der Verfassungsrat urteilte nun, es bestehe die Gefahr, dass jegliche Leugnung eines Völkermordes, der vom Gesetzgeber anerkannt würde, unter das Gesetz fallen würde. Der Verfassungsrat hob dabei hervor, dass er sich nicht in die Arbeit von Historikern zur Beurteilung eines Massakers einmische.

Daher sei dies keine Beurteilung des französischen Gesetzes von 2001, das den "Völkermord" an den Armeniern anerkennt. Zugleich verwies der Verfassungsrat mit Blick auf das französische Gesetz von 1990 zum Holocaust darauf, dass dieser Völkermord nicht vom französischen Gesetzgeber, sondern international anerkannt worden sei.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, dem die Türkei vorgeworfen hatte, das Gesetz aus wahltaktischen Gründen voranzutreiben, hatte ein neues Gesetz für den Fall des Scheiterns angekündigt. [...]

Quelle: n-tv.de / 28.02.2012

Drohneneinsatz: Mordanschläge als verdeckte Kriegsführung

von Michael Haid, IMI Tübingen

Seit 2002 avancieren bewaffnete Drohnen zum bevorzugten Instrument für »gezielte Tötungen« im Kontext des »Krieges gegen den Terror«. Bisher wurden Drohnenangriffe durch das US-Militär und die CIA in Irak, Afghanistan, Libyen, Somalia, Jemen und – am allerhäufigsten betroffen – dem Nordwesten Pakistans dokumentiert. Bemerkenswert ist, dass sich die USA mit den letzteren drei Staaten nicht im Krieg befinden oder dort offiziell Krieg führen.

Ein Beleg für die steigende Relevanz von »gezielten Tötungen« durch unbemannte Luftfahrzeuge (Unmanned Aerial Vehicles, UAV) in der US-Kriegsstrategie ist die Zunahme ihrer Häufigkeit. Rund fünf von sechs Angriffe seit 2004 fallen unter die Verantwortlichkeit der Obama-Administration.

rael und Rußland werden von Alston als »Trendsetter« benannt, die extralegale Hinrichtungen zum Gegenstand ihrer politischen Praxis erhoben haben.

Der Ausdruck »gezielte Tötung« ist im internationalen Recht nicht definiert. Im allgemeinen wird darunter die tödliche Gewalt durch Staaten (Armee, Geheimdienste) oder diesen zurechenbare Organisationen (private Sicherheitsfirmen) verstanden, die mit der ausschließlichen Absicht durchgeführt wird (im Gegensatz zu Tötungen als sog. »zivile Kollateralschäden«), individuell ausgewählte Personen ohne rechtskräftiges Urteil eines zuständigen Gerichts (und zumeist auf fremdem Territorium) zu töten.

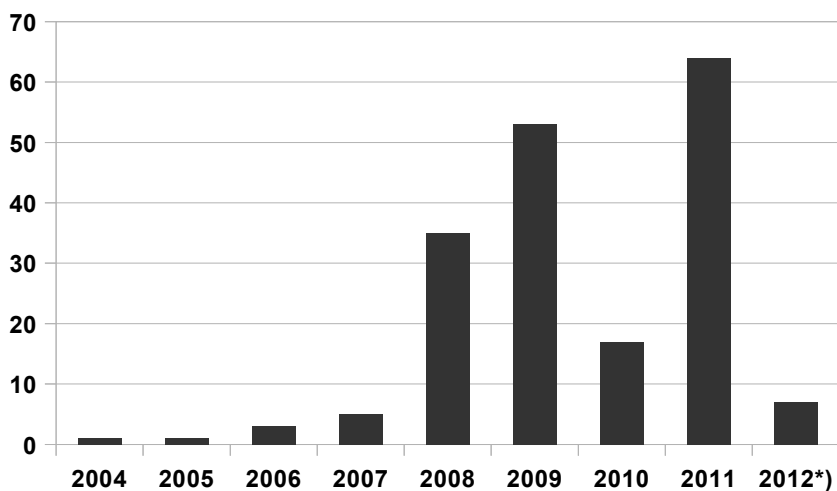
Drohnenflüge werden nicht nur vom US-Militär, sondern auch von der

netta vor, den Bestand der Drohnenflotte zukünftig noch um 30 Prozent zu erhöhen. Derzeit betreibt die US-Luftwaffe rund um die Uhr 61 Drohnen-Kampfpatrouillen mit bis zu vier Flugzeugen pro Einsatz. Nach den Plänen von Panetta sollen bald genug Drohnen für bis zu 85 Dauereinsätze zur Verfügung stehen.

Diese Umstrukturierung zu automatisierten Armeen mit Hilfe von Drohnen- und Robotertechnologien findet ebenfalls in den Armeen anderer NATO-Staaten statt. Aber auch die Streitkräfte von Ländern wie China, Rußland oder Pakistan nehmen an diesem Rüstungswettlauf teil. Der Drohnen-Markt boomt: Allein die Ausgaben des US-Militärs für UAVs haben sich zwischen 2002 (550 Mio. Dollar) und 2011 mit rund fünf Mrd. Dollar nahezu verzehnfacht.

Gegenwärtig setzen nur die USA und Israel Kampfdrohnen zur gezielten Tötung ein. Dieser Zustand wird sich aber rasch ändern. Zwischen 40 und 50 andere Staaten verfügen über UAV als Aufklärungsmittel. Einige von ihnen – darunter Rußland, die Türkei, China, Indien, der Iran, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – besitzen entweder bereits oder streben nach Drohnen, die auch Raketen abschießen können.

Neu an dieser Technologie ist, so eine Analyse des Centres for Security Studies der ETH Zürich vom Juli 2010, dass mit ihrer Hilfe erstmals in der Kriegsgeschichte über riesige Distanzen, nahezu ohne Risiko des eingesetzten Personals und praktisch ohne Zeitverlust als feindlich betrachtete Individuen identifiziert und fast im selben Moment »eliminiert« werden können. Diese Tatsache vereinfacht im Vergleich zu früheren Methoden das Töten beträchtlich und dürfte die Hemmschwelle zur Autorisierung der Gewaltanwendung bei politischen Entscheidungsträgern erheblich senken. Drohnen fungieren hierbei als »luftgestützte Scharfschützensysteme«, die einzelne Personen über längere Zeiträume verfolgen und schließlich umbringen können. Für die nahe Zukunft ist also zu



*) Stand: 25.02.2012

Quelle: Bill Roggio and Alexander Mayer, *Charting the data for US airstrikes in Pakistan, 2004-2012, The Long War Journal*; A Project of the Foundation for Defense of Democracies

Grafik: Friedensjournal

Die Praxis gezielter Tötungen wurde bereits in einer Studie des UN-Sonderberichterstatters für extralegale Hinrichtungen, Philip Alston, vom 28. Mai 2010 als im Ergebnis (völker-) rechtswidrig bewertet; vor allem die USA wurden in diesem Gutachten für ihre Drohnen-Kriegsführung heftig kritisiert. Aber nicht nur die USA, auch Is-

CIA durchgeführt, was kürzlich durch den Verlust einer Drohne über dem Iran auf spektakuläre Weise sichtbar wurde.

Revolution in der Kriegsführung

Bereits 2010 waren ein Drittel der Flugzeuge der US-Armee unbemannte Flugkörper, und in den USA werden mittlerweile mehr Drohnenoperatoren als Kampf- und Bomberpiloten ausgebildet. Im Zuge der Umstrukturierung der US-Armee hat laut dem Wall Street Journal US-Pentagon-Chef Pa-

erwarten, so die Analyse weiter, daß Drohnen vor allem in der sogenannten Aufstands- und Terrorismusbekämpfung eine bedeutende Rolle spielen werden, da sie eine politisch einfachere und finanziell günstigere Alternative zur Entsendung von Bodentruppen darstellen würden. Zusätzlich dürften sie deshalb für die westliche Kriegsführung attraktiv sein, da die Öffentlichkeit und parlamentarische Gremien ihnen bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt haben und eine Rechtfertigung, die häufig beim Einsatz von Kampfflugzeugen oder gar von Bodentruppen erforderlich wird, bislang unnötig war.

Opferzahlen schwer greifbar

Dieses blutige Geschäft ist schwer in Zahlen zu fassen, da präzise Angaben zur Anzahl der Getöteten (und vor allem zum Verhältnis von Zielpersonen und Unbeteiligten) von öffentlicher Seite nicht bekanntgegeben werden, zumal die Existenz dieser Drohnenprogramme von seiten des US-Militärs und besonders der CIA lange Zeit geleugnet wurde. Erst Ende Januar 2012 gab US-Präsident Obama öffentlich zu, dass das US-Militär in Pakistan Drohnen zur Tötung einsetzt. Etwa zur selben Zeit demonstrierten 100.000 Menschen in Karachi gegen die US-Drohnenangriffe.

Strittig ist vor allem der Anteil der zivilen Opfer. Die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung fasste in einem Standpunkt von 2010 zusammen, dass die Schätzungen von beinahe 100 Prozent, über rund ein Drittel bis zu unter zehn Prozent reichen würden. Nach den konservativen Auswertungen der New America Foundation seien in absoluten Zahlen durch Drohnenangriffe im Nordwesten Pakistans von 2004 bis Februar 2012 zwischen 1.741 und 2.712 Individuen getötet worden. Davon würden in den ausgewerteten Pressemeldungen 1.448 bis 2.241 als »Militante« beschrieben. Das Bureau of Investigative Journalism in London kommt hingegen auf 2.413 bis 3.058 getötete und 1.158 bis 1.263 verletzte Personen. Von den Getöteten seien 464 bis 818 Zivilisten gewesen - davon 175 Jugendliche und Kinder.

Zu dieser fürchterlich großen Anzahl an getöteten Unschuldigen kommt es einerseits, weil häufig Raketen mit großer Sprengkraft benutzt werden, um ganz sicher zu gehen, dass die Zielperson auch getroffen wird. Das bedeutet aber auch, dass die Verantwortlichen der angeblichen Präzision und damit »Sauberkeit« ihrer Waffensysteme selbst nicht vertrauen. Andererseits werden Attacken von UAV trotz der Kenntnis angeordnet, dass sich in unmittelbarer Nähe der zur Tö-



Foto: Von Iran erbeutete Drohne

tung bestimmten Person Unbeteiligte (Familienangehörige, Nachbarn, Passanten, Angestellte etc.) aufhalten, oder obwohl sich die Zielperson an einem Ort befindet, an dem es fast zwangsläufig zu Zivilopfern kommen muss (zum Beispiel in Wohngebieten).

Nach dem humanitären Völkerrecht ist die Tötung von Aufständischen nur dann rechtmäßig, wenn sie sich unmittelbar im fraglichen Moment an den Kampfhandlungen beteiligen. Sonst nicht! Die Praxis von extralegalen Hinrichtungen mittels Drohnen ist völkerrechtswidrig und mißachtet das Recht Unschuldiger auf Leben in extremer Weise. Leider zeichnet sich bei politischen und militärischen Entscheidungsträgern von immer mehr Staaten ein Trend ab, genau diese Praxis zu forcieren. Es ist notwendig, dieses Vorgehen überall und ständig zu skandalisieren und zu kritisieren.

Obama bestätigt erstmals US-Drohnenangriffe

US-Präsident Barack Obama hat erstmals den umstrittenen Einsatz von Drohnen zur Bekämpfung von Aufständischen in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan eingeräumt. "Allgemein handelt es sich um sehr präzise Angriffe gegen al-Qaida und seine Verbündeten und wir sind sehr vorsichtig bei ihrer Verwendung", sagte der US-Präsident bei einem Chat mit Wählern.

Die Vorstellung, dass es einen Haufen wahlloser Angriffe in Pakistan gebe, sei falsch. Es sei wichtig, dass alle verstünden, dass die Einsätze sehr genau kontrolliert würden, betonte Obama. Auf die zivilen Opfer angesprochen entgegnete er, er wolle klarstellen, dass die Angriffe der unbemannten Flugzeuge "keine große Anzahl ziviler Opfer" verursachen. Die US-Regierung hat den Drohneinsatz in Pakistan bisher nicht offiziell bestätigt.

Er ist in dem Land heftig umstritten, da immer wieder unbeteiligte Menschen dabei getötet werden.

Erst am Freitag demonstrierten etwa 100.000 Menschen in Karatschi. Angesichts der Proteste schwankt die Regierung in Islamabad zwischen stillschweigender Tolerierung und öffentlicher Verurteilung. Während in Afghanistan die Drohnen von der US-Armee gesteuert werden, ist in den pakistanischen Stammesgebieten der US-Auslandsgeheimdienst CIA zuständig.

Erst kürzlich soll eine Drohne den Terroristenführer Aslam Awan getötet haben. Zuvor hatten die USA ihre Drohneinsätze in Pakistan fast zwei Monate lang ausgesetzt, nachdem Ende November bei einem Nato-Luftangriff im Grenzgebiet zu Afghanistan irrtümlich 24 pakistanische Soldaten getötet worden waren.

Quelle: Spiegel Online / 31.01.2012

Gewaltlos gegen Krieg – Lebenserinnerungen von Andreas Buro

Verlag Brandes&Apsel, 24,90 Euro.

Andreas Buro, den wir aus zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen kennen, hat seine Autobiografie geschrieben. Wir lernen ein ereignisreiches und interessantes Leben kennen. Der Bürgersohn wurde von seinen Eltern Anfang 1941 von Berlin nach Brandenburg auf die Ritterakademie geschickt, um sicher vor feindlichen Bomben zu sein. Der brandenburgische Landadel hatte in einem ehemaligen Klostergebäude ein Internat eingerichtet, um seinen Kindern eine gute Ausbildung zukommen zu lassen. Rückblickend empfindet er, dass ihm die dortige harte Ausbildung im und nach dem Krieg von großem Nutzen gewesen ist.

Mit Erstaunen liest er heute seinen Wunsch zu seinem 17. Geburtstag dass „mir die Kraft und die Freude zur Arbeit erhalten bleibt, damit ich im Stande bin, Deutschland wieder stark und groß zu machen“.

Als Offiziersbewerber im Zweiten Weltkrieg durfte er die erwarteten Heldentaten nicht vollbringen. Ein bürokratischer Offizier schickte ihn aus seiner Flakstellung zurück zum Arbeitsdienst an die Heimatfront. Was ihn damals als Hürde empörte, war aus späterer Sicht Lebensrettung. Die zurückgebliebenen Flakhelfer hatten die bald einsetzende Offensive der Roten Armee nicht überlebt.

Das Kriegsende war auch für in ein Neuanfang. Nach dem Abitur und der Tätigkeit als Waldarbeiter studierte er an der Humboldt-Universität Forstwirtschaft. Forstmeister des Lehrforstamtes Eberswalde konnte er nicht werden. „Ich war gewählter Studentenvertreter“, so Andreas „und bei uns hatte die SED keinen Fuß in die Tür bekommen. Deshalb funkte die Partei dazwischen und erteilte mir de facto ein „forstliches Berufsverbot“. Danach ging Andreas in den Westen, betätigte sich in der Holzforschung und später in der Industrie. Nach einem weiteren Studium in Politikwissenschaft erhielt er eine Professur für Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen an der Frankfurter Goethe-Universität.

Auf der Suche nach Alternativen zum Krieg, den er als „barbarische Form der Konfliktaustragung kennen gelernt hatte“, ging sein Weg über die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und die Ostermärsche, wo er die Geschäftsführung des Zentralen Ausschusses und später die Sprecherfunktion ausübte. Damals wurden die Ostermärsche zentral organisiert. Mit der erklärten strikten Unabhängigkeit wollte man sich gegenüber den antikomunistischen Anwürfen wappnen, was allerdings nicht immer gelang. Später wurde Andreas Mitgründer des Sozialistischen Büros, des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dessen friedenspolitischer Sprecher er noch heute ist.

Stets erarbeitete er Alternativen zur herrschenden Politik. Seine Veröffentlichungen, teilweise auch Gemeinschaftsarbeiten, zum Iran, Afghanistan, dem türkisch-kurdischen Konflikt, zu Israel-Palästina und anderen weltpolitischen Fragen erreichten zwar weniger die regierenden Adressaten, wohl aber waren und sind sie für die Argumente der Friedensbewegten hilfreich. Nach dem Ende des West-Ost-Konflikts trat für ihn die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) in den Vordergrund. Ihm geht es dabei um einen sehr breiten Sozialisationsprozess von konfrontativen zu kooperativen Verhaltensweisen, die Sicherheit und die wirksame Bearbeitung von Problemen ermöglichen. Das erfordere, so Andreas, ständige Analysen und Strategieüberlegungen und die Auseinandersetzung mit den Ideologien und Begründungen für die angebliche Schaffung von Sicherheit durch Militär.

Diskussionsprozesse ohne Folgen für die politische Arbeit sind für Andreas Buro unbefriedigend. Er wollte nach dem Ringen um die besten Strategien immer auch handeln. Das tat er. So bewegte er sich nicht nur in der internationalen Politik und reiste an die politischen Brennpunkte. Er engagierte sich auch für Flüchtlinge in seiner Wahlheimat Grävenwiesbach, gründete dort, im Hintertaunus, den Oster-

marsch und protestierte gegen den Fluglärm von Kampffjets.

In entscheidenden politischen Situationen hat er oft zur politischen Klarheit beigetragen. So, als eine Jusogruppe im Ruhrgebiet nach der deutschen Vereinigung eine Zeit des Friedens anbrechen sah und ihn, ob seiner Widerworte, als Miesmacher attackierte. Die USA sah und sieht er in der Wandlung zu einer globalen militärischen Hegemonialmacht und das „Kapital unter dem Zwang einer ständigen Verwertung auf immer höherem Niveau“. Dabei paarte sich die Erwirtschaftung von Profit mit der gewaltsamen Aneignung in unterschiedlichsten Formen.

Seine Mitwirkung bei politischen Diskussionen ist nach wie vor gefragt. Seine Beiträge erscheinen in zahlreichen Veröffentlichungen. Bei Funk und Fernsehen ist er ein gerne gehörter und gesehener Partner. Seine Erfahrung zählt. Bei der Verleihung des Aachener Friedenspreises ließ es sich Frank Bsirske, der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi, nicht nehmen, die Laudatio zu halten.

Auch der Familienmensch und sorgende Vater kommt im Buch von Andreas nicht zu kurz. So durfte er später seinen Wohnsitz nicht an seinen Arbeitsort Frankfurt verlegen, weil er einen Familienrat eingerichtet hatte, der mehrheitlich, vier Kinder gegen zwei Eltern, entschied, dass es im Taunus sehr viel schöner sei. Weitere wichtige Themen im Rat waren die Höhe des Taschengeldes, die Anschaffung eines Hundes, die Frage, was es zu essen geben soll, oder wie Streitereien unter den Kindern geregelt werden. Bis heute weiß Andreas nicht, ob das elterliche Verhalten wirklich antiautoritär oder nicht doch nur klug manipuliert war.

Bleibt nur noch der Wunsch, dass sich für diese Lebensgeschichte viele Leserinnen und Leser finden, und dass in einer eventuell weiteren Auflage der Krefelder Appell die ihm gebührende Erwähnung finden möge.

Horst Trapp

Aufruf zum baden-württembergischen Ostermarsch 2012:

Hände weg vom Krieg! Atomwaffen ächten! Abrüsten!

Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 26, Satz1)

Raus aus Afghanistan. Jetzt!

Fast 11 Jahre schon dauern Krieg und Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Angeblich ging es darum, die Hintermänner des 11.9. zu fassen. Doch statt Polizei schickte man Bomben und Soldaten, keiner kam je vor Gericht. Dann hieß es, man wolle das Land wiederaufbauen und demokratisieren sowie die Rechte der Frauen stärken. Doch auch dieser Krieg führte vorhersehbar zur Katastrophe für die Menschen. Die Lebensverhältnisse sind schlechter als zuvor. Nichts ist gut in Afghanistan.

Vor 9 Jahren begannen die USA und ihre Verbündeten ihren Krieg gegen den Irak. Angeblich ging es um die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen. Sie wurden nicht gefunden. Dann sollte es darum gehen, Demokratie herzustellen. Demokratische Verhältnisse sind nicht in Sicht. Auch dieser Krieg führte in die Katastrophe. Der Lebensstandard im Ölland Irak sackte auf das Niveau der ärmsten Länder ab. Im letzten Jahr führte die Nato Krieg gegen Libyen. Angeblich ging es darum, eine Flugverbotszone zum Schutz der Menschen herzustellen. Niemand wurde geschützt. Laut der neuen Führung starben 50000 Menschen, viele davon unter den Bomben der Nato. Auch dieser Krieg wurde zur Katastrophe. Hilfsorganisationen berichten heute wieder von Massenmorden und Folter. Statt gegen Gaddafi demonstrieren die Menschen heute gegen die mit Hilfe der Nato an die Macht gelangten neuen Machthaber für demokratische Verhältnisse.

Stoppt die Kriegsvorbereitungen gegen Iran und Syrien!

Heute, heißt es, müsse das Kernenergieprogramm des Iran gestoppt werden, um ihn am Bau von Atombomben zu hindern. Für ein iranisches Atomwaffenprogramm gibt es keine belastbaren Beweise. Die USA aber, Hauptankläger gegenüber dem Iran, planen, ihr Atomwaffenarsenal mit 8 Milliarden Dollar zu "modernisieren". Statt ernsthaft über Sicherheiten für beide Seiten zu verhandeln, setzen die Atomstaaten auf eine völkerrechtswidrige Drohkulisse. Nahezu offen wird ein neuer Krieg vorbereitet. Zur "Ausschaltung" irani-

scher Atomanlagen stehen Atomraketen bereit.

Heute heißt es auch, in Syrien müsse ein Regimewechsel erfolgen. Bereits jetzt werden die syrischen Aufständischen offen militärisch von der Türkei und anderen unterstützt. Auch in Syrien muss ein neuer Interventionskrieg nach dem Muster Libyens befürchtet werden. Tatsächlich geht es bei Syrien weder um Menschenrechte noch um Demokratie - grundlegend für Demokratie ist zu verhandeln statt konsequent alle Verhandlungsvorschläge abzuschlagen - sondern um das Vorfeld zum Schlag gegen den Iran.

Warum scheinen sich die Regierungen der NATO-Staaten zu weigern, Lehren aus den Katastrophen der jüngsten Kriege zu ziehen? Weil es beim Krieg führen eben nicht um die Menschen geht, sondern um handfeste Interessen: Den Zugriff auf Öl und Rohstoffe und ihre Transportwege. Dazu werden unbequeme Regimes durch den Einsatz von militärischen Mitteln gewaltsam gestürzt. Regierende wie Medien entdecken Diktaturen immer nur dort, wo sie nicht oder unzureichend kooperieren. Niemals dort, wo sie wie z.B. Saudi Arabien und andere Golfstaaten, den westlichen Interessen entgegen kommen.

Mit dieser neokolonialistischen Politik, die sich die Rohstoffe mit Waffengewalt aneignet und die Menschen zu Opfern von Kriegen und ihren desaströsen Folgen macht, muss endlich Schluss sein!

Atomwaffen verschrotten!

Eine solche Politik trägt letztlich auch die steigende Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen durch die atomwaffenbesitzenden Staaten in sich. Mit dem Aufbau eines sogenannten „Raketenabwehrschildes“ in Europa, dessen Zentrale im rheinland-pfälzischen Ramstein errichtet werden soll, wird die Schwelle zum Einsatz atomarer Waffen abgesenkt. Weltweit lagern 20.000 Atomsprengköpfe, die die Menschheit mehrfach vernichten können. Auch in Deutschland sind weiterhin Atomwaffen stationiert.

Die Ostermärsche stehen in der Tradition des Kampfes gegen die Atomkriegsgefahr. Auch zum diesjährigen Ostermarsch fordern wir ein Ende aller Kriege, ein Ende aller militärischen Drohungen und politischen Optionen, ein Ende der Atomkriegsgefahr!

Hände weg vom Krieg gegen Iran oder Syrien. Raus aus Afghanistan! Atomwaffen abrüsten!

Auch deutsche Außenpolitik darf sich keine militärischen Optionen vorbehalten. Das ver-

langt das Grundgesetz schon als unabwiesbare Lehre aus der eigenen Geschichte.

Dennoch sind Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und eine zunehmende Militarisierung deutlich zu beobachten -

Die Bundeswehr wird zur "Armee im Einsatz" umgerüstet. Statt bisher 7.000 Soldaten sollen demnächst 15.000 gleichzeitig in Kriegseinsätze geschickt werden. Der Umbauprozess und die Aussetzung der Wehrpflicht dienen nicht dem Frieden, sondern sollen die Bundeswehr für den weltweiten Einsatz rüsten. Die Bundeswehr wirbt in aller Öffentlichkeit um Nachwuchs für ihr neues Konzept bei feierlichen Gelöbnissen, bei Messen und Stadtfesten, in Arbeitsagenturen und auch an Schulen. Auch das Kultusministerium Baden-Württemberg hat mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die der Bundeswehr einen bevorzugten Zugang zu den Schulen verschafft.

Mit Krieg und Rüstung wird Geld verdient: Deutschland hat sich Platz 3 der Rüstungsexportationen gesichert. Auch in Baden-Württemberg sitzen die Profiteure des Krieges, allen voran Europas drittgrößter Rüstungsproduzent EADS. Über ein Dutzend Firmen im Bodenseeraum produzieren schwere Waffen. In Oberndorf widmet sich Heckler & Koch dem tödlichen Geschäft mit der Rüstung. Die dort produzierten Handwaffen, sind in nahezu jedem kriegerischen Konflikt auf dieser Erde im tödlichen Einsatz.

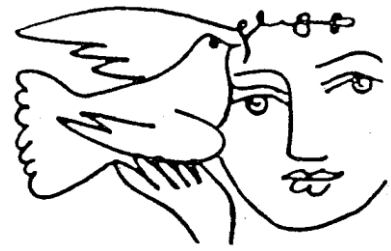
- Kein weiterer Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee.
- Kein Werben fürs Sterben und fürs Töten an Schulen, Jobzentren, Messen und Volksfesten!
- Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte. Stopp aller Rüstungsexporte!
- Keine Rüstungsforschung! Zivilklausel für Hochschulen und Forschungseinrichtungen!!

Statt einer Politik der militärischen Optionen brauchen wir eine Politik des gleichberechtigten Austausches von Gütern und Ideen, der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Menschen, der Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Armut. Kurz:

Vernunft muss her, statt Militär.



Hände weg von Iran und Syrien



Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriege wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden. Militärischen Interventionen gegen Syrien und Iran widersetzen wir uns. Im Konflikt gegen Syrien und Iran geht es nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um die Vorherrschaft in einer der geostrategisch bedeutendsten Regionen.

Die USA, die EU und die Bundesregierung haben die Drohkulisse gegenüber dem syrischen Regime ständig erhöht. Einseitige Berichterstattung und militärische Unterstützung bewaffneter oppositioneller Gruppen durch einige NATO-Staaten haben zu einer gefährlichen Eskalation beigetragen. Hier gilt, was die Friedensbewegung schon im Fall von Libyen gefordert hatte: Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines Landes ist ausschließlich Angelegenheit seiner Bevölkerung. Sich mit ihr zu solidarisieren heißt vor allem, die Gewaltspirale zu beenden und sich jeglicher Intervention von außen zu widersetzen. Die Überwindung autoritärer Herrschaftsstrukturen und Ausbeutung ist nur in Abwesenheit äußerer Einmischung möglich. Äußere Einmischung – auch wenn sie sich noch so „humanitär“ gibt – ist stets von fremden Interessen geleitet und widerspricht dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstbestimmung und der Souveränität der Staaten. Libyen darf nicht zum Modell für weitere NATO-Interventionen werden. Ein Angriff auf Syrien könnte zudem leicht zum Flächenbrand werden.

Seit Monaten wird in Israel und den USA offen über einen militärischen Angriff auf den Iran diskutiert. Allein schon eine solche Diskussion zeugt von der völligen Missachtung des strikten Gewaltverbots, das die Charta der Vereinten Nationen allen Staaten der Welt auferlegt hat. Dabei enthält der im November 2011 veröffentlichte Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) keine belastbaren Belege für ein aktuelles iranisches Atomwaffenprogramm. Zum iranischen Kernenergieprogramm ist grundsätzlich festzustellen: Teheran nimmt nur das allen Staaten im Atomwaffensperrvertrag garantierte Recht für sich in Anspruch, den kompletten Kreislauf der Atomenergieproduktion nutzen zu können. Das muss uns nicht gefallen – zumal wir spätestens seit Fukushima wissen, dass auch die zivile Nutzung der Kernkraft lebensbedrohend und letztlich eben nicht beherrschbar ist.

Dennoch haben die USA und die EU die Sanktionen gegen Iran in einer Weise verschärft, die immer näher an einen Krieg heranzuführt. Die jüngst beschlossenen Embargomaßnahmen gegen Ölimporte aus dem Iran und die Sanktionen gegen die iranische Zentralbank verfolgen das Ziel, den internationalen Ölhandel mit Iran ganz zum Erliegen zu bringen und stellen damit de facto einen Wirtschaftskrieg dar. Gegenmaßnahmen sind somit programmiert, die Spannungen und die wechselseitige Kriegsrhetorik werden sich gefährlich hochschaukeln. Verlierer ist wie immer in solchen Fällen die Zivilgesellschaft, die jeglicher Möglichkeit beraubt wird, demokratische und soziale Fortschritte gegen das herrschende System durchzusetzen.

Wir alle sind aufgerufen, der Eskalation im Nahen Osten entgegenzutreten. Vorschläge zur Entspannung der Situation liegen seit langem auf dem Tisch.

Wir fordern

- Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein
- Verbot jeglicher Waffenexporte
- Beendigung der konfliktverschärfenden Sanktionen
- Keine Abschiebung von Deserteuren und Flüchtlingen
- Gesprächsangebote an den Iran über Kooperation und gemeinsame Sicherheit
- Aufnahme von Verhandlungen zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen/Mittleren Osten.

Weil wir Frieden wollen, müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen.